EP-G-01-656-2

B – Was Gerechtigkeit schützt

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Lisbeth Emely Ritterhoff (KV Oldenburg-Stadt)

Änderungsantrag zu EP-G-01

Von Zeile 655 bis 656 einfügen:
und Organisationen, die sie anbieten. Diese wollen wir stärken, denn sie schaffen Orte der Demokratie und des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Freiwilligendienste sollen entsprechend der Europäischen Mindeslohnrichtlinie gerecht entlohnt werden.

Begründung

Freiwilligendienste können sich meist nur Menschen aus einem einkommensstarken Elternhaus leisten, wie es bereits schon im Wahlprogramm steht. Allerdings wird nicht genannt wie dies gewährleistet werden soll. Daher benennt dieser Änderungsantrag eine konkrete finanzielle Entlohnung nach Europäischer Mindestlohnrichtlinie, damit wirklich alle Menschen die Chance haben einen Freiwilligendienst in Europa zu machen. Freiwillige arbeiten momentan oft für wenige Euros die Stunde, obwohl sie ernsthafte Arbeit in einem Berufsfeld übernehmen.

weitere Antragsteller*innen

Felix Ackerschewski (KV Berlin-Neukölln); Friedmuth Kraus (KV Oldenburg-Stadt); Elina Schumacher (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei); Thomas Schaefer (KV Erfurt); Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Frauke Prasser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Enad Altaweel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Melvin Tammen (KV Oldenburg-Stadt); Mara von Streit (KV Potsdam-Mittelmark); Clara Steinbrenner (KV Erfurt); Marie Möller (KV Erfurt); Lukas Kuhnert (KV Berlin-Kreisfrei); Kai Hirschfelder (LV Grüne Jugend Berlin); Andreas Hauner (KV Freising); Luis Höhne (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Christina Hilmer-Benedict (KV Berlin-Neukölln); Katharina Zimmer (KV Stuttgart); Karoline Jobst (KV Saale-Orla); sowie 32 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.